

Tradition und Widerstand. Die Soldatenmütter St. Petersburgs erhalten den Aachener Friedenspreis 2004

:

Hinterhuber, Eva Maria

2004

<https://doi.org/10.25595/1742>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hinterhuber, Eva Maria: *Tradition und Widerstand. Die Soldatenmütter St. Petersburgs erhalten den Aachener Friedenspreis 2004* : , in: *Femina politica* : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 13 (2004) Nr: 2, 100-104. DOI: <https://doi.org/10.25595/1742>.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Literatur

Fuchs, Gesine, 2003: *Die Zivilgesellschaft mitgestalten. Polnische Frauenorganisationen im Demokratisierungsprozess*. Frankfurt/M.

Fuszara, Malgorzata, 2000: „Women’s Share of Powers“. In: Nowakowska, Urszula (Hg.): *Polish Women in the 90’s. The report by the Women’s Rights Center*. Warsaw, 19-40.

Tradition und Widerstand

Die Soldatenmütter St. Petersburgs erhalten den Aachener Friedenspreis 2004

Eva Maria Hinterhuber

Die unabhängige Rechtsschutzorganisation der Soldatenmütter St. Petersburgs erhielt am 1. September 2004 gemeinsam mit der türkischen Menschenrechtsanwältin Eren Keskin den Aachener Friedenspreis. Die Auslober des Preises wollen damit den Einsatz der Petersburger Soldatenmütter für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure sowie ihren anhaltenden „Widerstand gegen den schmutzigen Krieg in Tschetschenien“ würdigen.

Russlands Soldatenmütterorganisationen zählen nicht nur zu denjenigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die auch im Ausland einen gewissen Bekanntheitsgrad genießen. Sie werden in den westlichen Medien häufig auch als die einzig funktionierende Frauenorganisation des Landes bezeichnet. Dies täuscht darüber hinweg, dass ihnen, auch im Fall der Petersburger Soldatenmütter, ebenso wenig ausschließlich Mütter wie Frauen angehören. Die Soldatenmütter St. Petersburgs betrachten sich selbst nicht als Frauenorganisation, haben aber ein pragmatisches Verhältnis zum Feminismus – und kooperieren auch mit dezidiert feministischen Organisationen. Aus einer feministisch-theoretischen Perspektive ist interessant, wie die Soldatenmütter St. Petersburgs beispielsweise Mütterlichkeit als symbolisches Kapital für ihre Anliegen nutzbar machen und gleichzeitig traditionelle Rollenstereotypen unterlaufen. Nach den Menschenrechtsverletzungen in und durch Russlands Streitkräfte und einem Kurzportrait der Soldatenmütter St. Petersburgs wird also Thema sein, wie sie sich im Spannungsverhältnis zwischen Neotraditionalismus und Widerständigkeit bewegen.

Menschenrechtsverletzungen in Russlands Streitkräften

Die „gesellschaftliche Bewegung der Soldatenmütter“, wie die mittlerweile über 100 regionalen Vereinigungen in Russland genannt werden, nahm ihren Anfang im Jahr 1989, als die Lettische Frauenliga erstmals eine Liste von in den Streitkräften gefolterten oder gewaltsam zu Tode gekommenen Wehrdienstleistenden veröffentlicht hatte. In Reaktion darauf begannen Angehörige von Betroffenen Interessensvereinigungen zu gründen, deren Ziel die Verteidigung der Rechte von Wehrpflichtigen, Soldaten und deren Familien war.

Seit Boris El'cin im März 1992 die Bildung eines eigenen russländischen Verteidigungsministeriums und nationaler Streitkräfte verkündete, hat sich nur wenig an der Ausgangssituation verändert. Trotz mehrerer Anläufe gelang es den Streitkräften bislang, dringend notwendige Reformen weitgehend abzuwehren. Die innermilitärische Situation ist nach wie vor von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen geprägt: Staatlichen Angaben zufolge werden jährlich 20.000 Soldaten von Militärangehörigen verletzt, 800 sogar tödlich; weitere 1.200 kommen aufgrund „fahrlässigen Handelns“ um. Die Soldatenmütterorganisationen gehen von einer doppelt so hohen Dunkelziffer aus.

Dieses Ausmaß an Rechtsverletzungen ist bedingt durch ein informelles, neben der offiziellen Kommandohierarchie existierendes, hierarchisches „Statussystem“, der *dedovščina*, der „Herrschaft der Großväter“. Die russländische Praxis von jährlich zwei Einberufungsperioden führt bei einer Dienstzeit von zwei Jahren zur Entstehung von vier ihren Militärdienst parallel, aber zeitversetzt, ableistenden Soldatengenerationen. Dadurch wird die Bildung sich gegeneinander abgrenzender Gruppen begünstigt, wo kürzer Dienende von Dienstälteren gewaltsam unterdrückt und systematisch geschunden werden.

Angesichts dieser Situation ist die Zahl der Wehrpflichtigen, die aufgrund gesetzlicher Regelungen eine Befreiung oder Zurückstellung vom Kriegsdienst erhalten oder sich anderweitig der Einberufung entziehen, in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen und geht in die Zehntausende. Ein ziviler Ersatzdienst stellt bis heute keine Alternative dar: Mit dreieinhalb Jahren ist dieser fast doppelt so lang wie der Militärdienst, zudem ist er ausschließlich in Einrichtungen des Verteidigungsministeriums abzuleisten.

Die Soldatenmütter St. Petersburgs

In Reaktion auf die innermilitärische Situation wurde im Jahr 1992 die Rechtsschutzorganisation der Soldatenmütter St. Petersburgs gegründet. Die in den Statuten festgehaltenen Nahziele der Organisation sind die „Verteidigung des Lebens, der Gesundheit und bürgerlichen Rechte der Kriegsdienstleistenden, Wehrpflichtigen und Rekruten sowie deren Familienmitglieder, die Hilfeleistung an Familien von Kriegs-

dienstleistenden, die in der Zeit des tatsächlichen Militärdienstes umgekommen sind oder sich schwere Verletzungen und Krankheiten zugezogen haben“. Darüber hinaus wollen sie „zur Entwicklung einer Zivilgesellschaft beitragen“, als deren Aufgabe sie die Kontrolle der staatlichen Institutionen, im konkreten Fall der Streitkräfte, erachten. Angesichts der Diskrepanz zwischen Rechtsnorm und -wirklichkeit streben sie außerdem an, mit ihrer Arbeit einen „Beitrag zur Transformation des russischen Staates zu einem Rechtsstaat, in dem Rechte und Freiheit des Menschen Priorität genießen, [zu] leisten“. Auf einer pragmatischen Ebene befürwortet die NGO eine Reform der Streitkräfte im Sinne der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und ihrer Professionalisierung, darüber hinausgehend betont sie jedoch ihre pazifistische Haltung.

Damit gehören die PetersburgerInnen zu einer Minderheit unter den Soldatenmütterorganisationen: Während sich die Mehrzahl unter Beibehaltung des eigenen Militarismus in ihren Forderungen auf menschenwürdigere Umstände bei der Ableistung des Militärdienstes beschränkt, vertreten nur wenige eine antimilitaristische Haltung. Diskussionen um diese inhaltlichen Differenzen führen regelmäßig zu Konflikten innerhalb der Soldatenmüttervereinigungen und behindern Kooperationen und Netzwerkbildung. Hinzu kommt die für Russland typische Gruppierung von NGOs um eine charismatische Führungspersönlichkeit, was letztlich auch der Grund für eine interne Spaltung der Petersburger Soldatenmütter im vergangenen Jahr gewesen sein dürfte.

Ihren Zielsetzungen entsprechend bietet die Organisation der Soldatenmütter St. Petersburgs kollektive wie individuelle Rechtsberatung und -unterstützung für Kriegsdienstverweigerung bzw. -umgehung und bei Desertion. Deren Inhalte flossen in verschiedene Ratgeber, die mittlerweile russlandweit in Buchform vertrieben werden. Da die Soldatenmütter St. Petersburgs in Anbetracht der innermilitärischen Situation Desertion nicht als Straftatbestand anerkennen, bemüht sich die Organisation außerdem um den Erhalt einer Überweisung des Betroffenen in ein Militärhospital, um dort eine nachträgliche Frei- oder Zurückstellung von Militärdienst zu erlangen. Bis zur Gerichtsentscheidung stellt sie geheime Unterkünfte und gewährt medizinische, psychologische, materielle und nach Möglichkeit auch finanzielle Hilfestellung.

Darüber hinaus haben die Soldatenmütter St. Petersburg Zeit ihres Bestehens Zeugnisse von Menschenrechtsverletzungen in den Streitkräften gesammelt, die sie nicht zuletzt in Form von *shadow reports* an internationale Organisationen weiterreichten, um auf diese Weise Druck auf die russländische Regierung auszuüben.

Seit dem Beginn des ersten Tschetschenienkriegs 1994 wurde eine Erweiterung des Spektrums an Aktionsformen erforderlich. So erarbeiteten die Soldatenmütter St. Petersburg in Zusammenarbeit mit tschetschenischen NGOs Wegbeschreibungen für Betroffene, die ihre Angehörigen aus dem Kriegsgebiet holen wollten. Darüber hinaus veröffentlichten sie laufend Listen von in Tschetschenien Getöteten, Verletzten, Vermissten, Gefangenen.

Bis heute gehört die Petersburger Soldatenmütterorganisation zu den wenigen Stimmen gegen den andauernden blutigen Konflikt und die offizielle Tschetschenienpolitik. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass es in Russland keine nennenswerte Anti-Kriegs-Bewegung gibt. Für ihre über Jahre hinweg im Stadtzentrum durchgeführte wöchentliche Mahnwache gegen den Krieg in Tschetschenien erhält die Organisation seit kurzem allerdings keine Genehmigung mehr. Dies werten die Soldatenmütter als weiteren Ausdruck der selektiven Repression zivilgesellschaftlicher Organisationen durch den Staat. Hierzu zählen außerdem ungerechtfertigte Klagen und die vorübergehende Inhaftierung von MitarbeiterInnen, aber auch Einbrüche, die mit der Entwendung von Personendaten über Menschenrechtsverletzungen in den Streitkräften verbunden waren. In ganz Russland existieren im Übrigen staatliche oder staatlich kontrollierte „Pseudovereinigungen“, mittels derer manipulierend in die gesellschaftliche Bewegung insgesamt eingegriffen werden soll.

Neben der Bedeutung der Arbeit der Soldatenmütter St. Petersburgs für das Leben des einzelnen Betroffenen haben sie zentral zur Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen in den Streitkräften und durch diese beigetragen. Mit ihrer Arbeit fordern sie die noch ausstehende effektive zivile Kontrolle des Militärs ein. Wenn es auch schwierig ist, ihren politischen Einfluss festzumachen, so ist es ihnen, auch über den Umweg über internationale Organisationen, gelungen, Druck auf die verantwortlichen Militärbehörden auszuüben. Zudem leisten sie einen Beitrag zur Verbreitung pazifistischer Ideale bzw. ziviler Konfliktlösung, zumal durch ihren anhaltenden Protest gegen den Krieg in Tschetschenien. Ihr zentrales Verdienst liegt jedoch in ihrer Menschenrechtsarbeit: Dadurch, dass sie die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien einfordern, Rechtsalphabetisierung betreiben und, gestützt durch kostenlosen Rechtsbeistand, die Betroffenen ermutigen, den Rechtsweg zu beschreiten, tragen sie zur Entwicklung des für eine weitergehende Demokratisierung notwendigen sozialen (Rechts-)Bewusstseins bei.

Zwischen Tradition und Widerstand

Ihren Erfolg verdanken die Soldatenmütter St. Petersburg nicht zuletzt ihrem spezifischen Vorgehen im Spannungsfeld zwischen Neotraditionalismus und Widerständigkeit. Die Organisation wählte die emblematische Bezeichnung „Soldatenmütter“ und vertritt damit ein traditionelles Bild der Frau als Mutter. Gleichzeitig aber brechen die Soldatenmütter St. Petersburgs in zweifacher Hinsicht mit den entsprechenden Rollenvorgaben: Erstens weisen sie das Bild der „Soldatenmutter“ als „Heldenmutter“ zurück, zweitens entsprechen sie in ihren Taten nicht der im Zeitgeist des Neotraditionalismus propagierten politisch passiven Frauenrolle.

Indem sie jedoch Mutterschaft und Familie betonen und ihre Arbeit als nicht politisch, sondern moralisch motiviert darstellen, kommen sie dem neotraditionalen Diskurs über Geschlechterrollen und Familie im Russland der Gegenwart entgegen. Diese

spezifische Art des Verweises auf das Private erfüllt auch die Funktion, ihre widerständigen Praktiken zu legitimieren und sich die Akzeptanz der Öffentlichkeit zu sichern: Eine Form von Widerständigkeit, die sich über das gängige neotraditionalistische Frauenbild, Moral und Religion öffentlich legitimiert, kann im Gegensatz zu unmittelbar politisch artikuliertem Protest nicht von staatlicher Seite als gegen die Gesellschaft gerichtet interpretiert bzw. interpretierbar gemacht werden (vgl. Hinterhuber 1999,135).

Literatur

Hinterhuber, Eva Maria, 1999: *Die Soldatenmütter Sankt Petersburg. Zwischen Neotraditionalismus und neuer Widerständigkeit*. Münster.